HELMUT LINDEMANN

Inventur auf einem Scherbenhaufen

I

Als dieses Jahr anfing, wußten wir nicht, was es uns bringen werde. Das wissen wir natürlich auch heute noch nicht, doch wissen wir nach fünf Wochen immerhin schon, was es uns gebracht *hat:* nämlich den Bankrott der bisherigen bundesdeutschen Außenpolitik. Nachdem uns die letzten Monate des Jahres 1962 den Fehlschlag der bundesdeutschen Verteidigungspolitik beschert und zudem gezeigt hatten, daß der Verfall der demokratischen Republik bereits viel weiter fortgeschritten war als wir hier [1]) angenommen hatten — nach alledem ist es wohl berechtigt, von einem Scherbenhaufen zu sprechen. Dieser Scherbenhaufen ist gleichsam der Tumulus oder Grabhügel über der *Ära Adenauer,* die nun endgültig hinter uns liegt. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der alte Herr aus Rhöndorf immer noch im Palais Schaumburg residiert. Er bekundet damit nur ein historisches Kuriosum, nämlich die Tatsache, daß die Regierungszeit Konrad Adenauers die Ära Adenauer überdauert hat. Es fehlt schon heute nicht an Stimmen, die vom Bundeskanzler als einer tragischen Gestalt sprechen. Wer das tut, soll sich jedenfalls darüber im klaren sein, daß ein tragischer Held niemals ohne eigene Schuld scheitert und daß in dem Erlebnis seines Scheiterns auch immer ein Stück schicksalhafter Gerechtigkeit beschlossen liegt.

II

Wir, die die Ära Adenauer überleben wollen und ein Stück Verantwortung für die Zukunft übernehmen müssen, werden gut tun, wenn wir zunächst einmal, auf dem Scherbenhaufen sitzend, Inventur machen. Nur eine gründliche, nüchterne Bestandsaufnahme kann die Voraussetzungen für eine gedeihlichere Politik liefern. Dabei sollten wir uns freilich vor tiefsinniger Nabelschau hüten und die weltpolitischen Zusammenhänge nicht aus dem Auge verlieren. Offensichtlich haben wir es bei dem, was *Charles de Gaulle* mit seiner berühmten Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 mehr aufgedeckt als in Gang gesetzt hat, mit einer bereits weit fortgeschrittenen Aufweichung des westlichen Bündnissystems zu tun. Es mag sehr wohl sein, daß bei dem französischen Präsidenten mancherlei persönliche Empfindungen und Ressentiments mitgesprochen haben — gleich einem Elefanten vergißt er keine einmal erlittene Kränkung —, doch darf solche Vermutung nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter seinem Handeln eine politische Konzeption steht: die Vorstellung von einer kontinentaleuropäischen Koalition unter französischer Führung. Außer de Gaulle hätte wohl kein anderer Franzose die Kraft gefunden, diese Vorstellung, die mindestens bis auf *Sullys* „Großen Entwurf" von 1604 zurückgeht, in unserer Zeit noch einmal zum praktischen Programm zu erheben. Sie hat schwerlich Aussicht, verwirklicht zu werden. Aber eben, weil sie auf eine ehrwürdige Ahnenreihe zurückblickt, weil sie im geschichtlichen Sinne durch und durch französisch ist, hat diese Vorstellung im französischem Volk mehr Anhänger als manche ausländischen Beobachter glauben mögen. Deshalb, und weil es in Frankreich noch immer keine innenpolitische Alternative zu de Gaulle gibt, wird die französische Kontinentalpolitik, die eine Zusammenarbeit eher mit Rußland als mit Amerika für möglich hält, noch längere Zeit aktuell bleiben.

Die damit verbundene Aufweichung der NATO und der westlichen Zusammenarbeit überhaupt findet ihr Gegenstück in der hauptsächlich ideologisch bedingten, aber von machtpolitischen Bestrebungen geförderten Aufweichung des kommunistischen Blocks.

1) Nr. 11/1962 der Gewerkschaftlichen Monatshefte.

Dieser Prozeß wird einerseits die Aufmerksamkeit Moskaus stark beanspruchen, andererseits aber die Herren des Kremls zwingen, sich an ihrer Westgrenze möglichst politische und militärische Entlastung zu verschaffen.

III

Wenn die im kalten Krieg erstarrten Fronten der Weltpolitik dergestalt in Bewegung geraten sind und sich zudem gezeigt hat, daß die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung — deren Ziele die westeuropäische Integration auf der Grundlage der deutsch-französischen Aussöhnung, die militärpolitische Zusammenarbeit dieses integrierten Westeuropas mit den angelsächsischen Nationen und als Ergebnis einer solchen mächtigen Allianz die Wiederherstellung der deutschen Einheit ohne nennenswerte westdeutsche Zugeständnisse waren — nicht mehr fortgeführt werden kann, so ist für die Bonner Politiker die Stunde der Besinnung gekommen. Zunächst gilt es, sich auf die Kräfte der anderen Staaten zu besinnen, die unsere politischen Partner oder Gegenspieler oder auch — eben darin liegt das Merkwürdige der neuen Situation — beides sind. Frankreich ist, mindestens potentiell, westlich der Sowjetunion die stärkste Nation auf dem europäischen Kontinent — solange es keinen einheitlichen deutschen Staat gibt. Es ist jedoch keinesfalls stark genug, um die Rolle zu spielen, die *de Gaulle* ihm zugedacht hat: Schutzmacht Europas zu sein. Diese Rolle kann wie bisher nur Amerika spielen. Nur die Vereinigten. Staaten haben so viel Macht, daß sie gegenüber der kaum minder mächtigen Sowjetunion als gleichberechtigter Verhandlungspartner auftreten können. Großbritannien, das in den letzten Wochen wieder einmal bewiesen hat, daß es ein großartiger Verlierer sein kann, ist weder so stark, wie es selber glaubt, noch so geschwächt, wie manche Politiker auf dem Kontinent meinen. Der Größenordnung nach steht es zwischen den USA und Frankreich, diesem freilich sehr viel näher als der atlantischen Weltmacht. Frankreich und Großbritannien besitzen jedoch beide neben ihrer greifbaren Stärke immaterielle Kraftreserven, die nicht gering einzuschätzen sind: jenes das hohe Ansehen der zivilisatorischen Vormacht Europas, dieses seine immensen Erfahrungen als Mittelpunkt eines Weltreiches, das über hundert Jahre lang den Frieden der Welt in seiner Hut gehabt hat. Beide Faktoren werden in der künftigen Entwicklung noch eine Rolle spielen.

IV

Wie steht es demgegenüber um unsere eigenen Kräfte? Die Grenzen des deutschem Wunders, über die *William S. Schlamm* vor ein paar Jahren ein in der Diagnose weitgehend richtiges, in den daraus abgeleiteten Folgerungen freilich völlig abwegiges Buch, geschrieben hat, sind inzwischen allen Leuten sichtbar geworden. Die steile Kurve des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs nach 1948 konnte ohnehin nicht immer weiter emporsteigen, doch hätte sich die Anpassung an normalere Verhältnisse durch eine zielbewußte? von doktrinärem Starrsinn unbeeinflußte Wirtschaftspolitik gewiß erleichtern lassen. Der *Bundeswirtschaftsminister* hat jedoch — teils zaudernder Hamlet, teils Polonius („dein. Ohr leih jedem, wen'gen deine Stimme!“) mit dem Dolch im Rücken — die Zügel schleifen lassen, so daß es nicht unbegründet erscheint, auch vom Ende der *Ära Erhard* zu sprechen, die doch nach des Wirtschaftsprofessors (und eines Teils seiner Parteifreunde) Absichten eigentlich erst richtig beginnen soll. Die schwere politische Krise, in die im Herbst 1962 die Bundesrepublik aus Anlaß der *Spiegel*-Affäre geraten war, ist sozusagen mit politischem Penicillin erstickt, aber keineswegs überwunden worden. Sie wird daher wieder ausbrechen, und erst dann muß sich erweisen, ob die Widerstandskräfte unseres corpus politicum ausreichen, um diese Krise von innen heraus zu überwinden. Das ist

möglich, aber nicht sicher. Die Bundesrepublik ist trotz ihrer immer noch beachtlichen Wirtschaftsblüte und trotz ihrer beträchtlichen militärischen Rüstung gegenwärtig unter den europäischen Staaten vergleichbarer Größe der schwächste.

V

Trotzdem kommen wir nicht darum herum, in diesem Augenblick unsere außenpolitischen - und in engstem Zusammenhang damit auch unsere verteidigungspolitischen - Möglichkeiten und Notwendigkeiten noch einmal neu zu durchdenken. Vielleicht ist die tiefgehende Verwirrung und Erschütterung, die vom politischen Handeln *de Gaulles* ausgeht, die letzte Gelegenheit, die uns geboten wird, noch einmal in relativer Selbständigkeit über unsere politische Zukunft nachzudenken. Dabei müssen wir uns vor allem darüber schlüssig werden, in welchen außenpolitischen Kategorien wir künftig denken wollen — in deutschen oder in westdeutschen, also bundesrepublikanischen? Die Wiedervereinigung ist, darüber besteht heute fast allgemeine Übereinstimmung, mindestens nicht mehr eine Möglichkeit praktischer Politik in naher Zukunft. Diese Einsicht zwingt jedoch nicht zur nationalen Selbstaufgabe. Deutschland bleibt auch dann Deutschland, wenn es in zwei oder mehr Staaten organisiert ist. Deutschland bleibt auch dann das Kernland Mitteleuropas mit allen politischen Aufgaben und Verpflichtungen, die sich aus dieser geographischen Lage ergeben. Von diesen Verpflichtungen konnte uns die zehn Jahre lang geübte bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten so wenig befreien wie das die von *de Gaulle* erstrebte, von *Adenauer* entweder ebenfalls gewollte oder in ihren Konsequenzen nicht überschaute Fesselung der Bundesrepublik an ein gaullistisches Frankreich bewirken könnte. Die Bundesrepublik bleibt ein Teil Deutschlands, bis sie durch unwiderrufliche politische Taten aus Deutschland auswandert.

VI

Wenn es richtig ist, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf absehbare Zeit äußerst unwahrscheinlich ist; wenn andererseits die Bundesrepublik sich weiterhin als Teil Deutschlands verstehen und die daraus folgenden Verpflichtungen ernst nehmen will, so ergeben sich daraus für die nächste Zukunft zwei zwingende Aufgaben: Wir müssen *Ostpolitik* treiben und müssen zu diesem Zweck einen *modus vivendi* mit dem Zonenstaat finden. Ein *modus vivendi*, zu deutsch also „eine Art zu leben", ist nicht dasselbe wie die völkerrechtliche Anerkennung, sondern bestände einfach darin, daß wir die — längst vollzogene, wiewohl in Bonn stets geleugnete — faktische Anerkennung nur etwas faktischer machen. Es gehört zu den surrealistischen Momenten der Nachkriegspolitik, daß die Regierung in Bonn die DDR weder völkerrechtlich noch tatsächlich anzuerkennen behauptet, in Wirklichkeit aber von jeher mit ihr mancherlei Beziehungen unterhalten und Abkommen getroffen hat, die doch die Anerkennung der *Tatsache* DDR voraussetzen. Warum Verhandlungen, die Ministerialräte führen, auf der anderen Seite keine Tatsache anerkennen, wohl aber Verhandlungen, die von Staatssekretären oder Ministern geführt werden, gehört zu den Geheimnissen, die weder der Verstand der Verständigen noch ein einfältiges Kindergemüt begreifen. Immerhin mochte das alles noch irgendeinen geheimen Sinn haben, solange man hoffen oder vorgeben konnte, daß die Tatsache DDR demnächst von der Tatsache Gesamtdeutschland abgelöst würde. Seitdem das eingestandenermaßen nicht mehr möglich ist, verbauen wir mit dem Beharren auf dieser Spiegelfechterei nicht nur unseren Landsleuten drüben den Weg in weniger menschenunwürdige Verhältnisse, sondern ihnen und uns selber den Weg zu einer *konstruktiven, europäisch orientierten Ostpolitik.*

VII

Eine deutsche Ostpolitik — die vorläufig nur von Bonn aus betrieben werden kann — muß mehr zum Ziele haben als die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen mit Polen, der Tschechoslowakei und den übrigen Trabanten der Sowjetunion in Mittelosteuropa. Seltsamerweise stellen sich die wenigen Regierungspolitiker in Bonn, die überhaupt noch ernsthaft an ostpolitische Maßnahmen denken, solche diplomatischen Beziehungen als eine Art Endziel vor, das über dritt- und zweitklassige Missionen mit begrenzten Aufgaben angestrebt werden soll. Solche Absichten sind die Ausgeburt der *Hallstein-Doktrin,* mit der sich die bundesdeutsche Außenpolitik selber gefesselt hat. Das war schon vor fünf Jahren unsinnig, muß aber heute fast schon als Selbstmord oder jedenfalls als Selbstverstümmelung bewertet werden. In dem Augenblick, da die bisherige enge Form der westeuropäischen Zusammenarbeit durch *de Gaulles* Schuld und gegen den Willen der allermeisten Bundesdeutschen gesprengt worden ist, sollten wir nichts unversucht lassen, um die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zu schaffen, die auf lange Sicht alle europäischen Staaten von Irland bis nach Rumänien und von Schweden bis nach Griechenland umfassen kann. Die Verklammerung der mittelosteuropäischen Staaten mit der Sowjetunion macht deren Einbeziehung außerordentlich schwierig. Unmöglich braucht sie — wie gesagt: auf sehr lange Sicht — nicht zu sein, sofern nicht wir Deutsche durch eine ausschließliche Westpolitik Hindernisse errichten, die nicht mehr überwunden werden können. Die große liberale Londoner Sonntagszeitung *Observer* schrieb Anfang Februar 1963, die Gemeinschaft der Sechs sei, wie nunmehr offenbar geworden, auf eine Illusion gegründet gewesen, weil „das Konzept des Vereinigten Europa das ungeheure Problem des geteilten Deutschland ungelöst gelassen" habe. Das ist richtig, doch muß man noch einen Schritt weitergehen. Wenn Europa sich selber treu bleiben soll, dann kann und darf es auch an Deutschlands Ostgrenze nicht haltmachen; und wenn man vom ganzen Deutschland (in einem Staat oder zunächst in zwei Staaten) her denkt, dann muß man eine aktive deutsche Ostpolitik fordern.

VIII

Die beiden Kardinalfehler *de Gaulles* sind, daß er nicht begriffen hat, wie sehr unsere Zeit und zumal die Zukunft nicht mehr von Hegemonie- und Herrschaftsvorstellungen, sondern daß sie von dem Prinzip der Zusammenarbeit beherrscht werden, was insbesondere für Europa gilt; und daß er meint, Europa könne ohne Amerika zurechtkommen. Es kann natürlich auch nicht ohne Rücksicht auf Rußland zurechtkommen, aber die beiden Rücksichten sind doch sehr verschiedener Natur. Manchmal sieht es so aus, als ob die Europäer gegenüber den Vereinigten Staaten nur als hilfsbedürftige Almosenempfänger oder als eigensinnige Amerikafeinde auftreten könnten. Beide Rollen sind unfruchtbar. *Adenauers* Streben, Klassenbester des amerikanischen Schulmeisters zu sein, war ebenso abwegig wie zuerst *Franz Josef Strauß'* und nunmehr *de Gaulles* Versuch, ohne oder gar gegen die Amerikaner Politik zu machen.

Der Entschluß, keine Ostpolitik zu treiben, ist bisher *Adenauers* Entschluß gewesen, nicht etwa eine Forderung der Amerikaner. Es ist durchaus möglich, deutsche Ostpolitik im Einvernehmen mit den Amerikanern zu treiben, zumal seit deren Politik eindeutig auf eine Entspannung zwischen Moskau und Washington abzielt. Durchaus unmöglich ist es jedoch, aussichtsreiche deutsche und europäische Ostpolitik zu treiben, ohne ein irgendwie geartetes Disengagement anzustreben. Das weiß *de Gaulle* so gut wie *Kennedy.* Der möglicherweise erfundene, einer inneren Logik aber nicht entbehrende Vorschlag *de Gaulles* an *Chruschtschow,* der die Aussperrung der Angelsachen aus Europa zum Ziele hat, sieht eine große neutralisierte Zone in Mittel- und Südosteuropa

vor (einschließlich eines wiedervereinigten Deutschland). Er greift insoweit auf den *Rapacki-*, den *Gaitskell-* und sogar auf den alten *Eden*-Plan zurück, die alle neben mancherlei Mängeln und Bedenklichem von der richtigen Erkenntnis ausgingen, daß ohne eine politische und militärische Sonderregelung für den mitteleuropäischen Raum ein dauerhafter Friede mit allen seinen Früchten, zu denen auch die gesamteuropäische Zusammenarbeit zählen würde, nicht geschaffen werden kann.

IX

Ein europäisches Disengagement könnte nicht nur eine fruchtbare deutsche Ostpolitik ermöglichen, sondern zugleich eine Lösung der anders nicht mehr lösbaren Probleme der bundesdeutschen Verteidigungspolitik bringen. Dauert der kalte Krieg fort, so werden die Amerikaner darauf bestehen, daß ihre europäischen Verbündeten und zumal die Bundesrepublik ihren Rüstungsaufwand erhöhen. Tun wir das, so ist der Punkt abzusehen, von dem ab wir mit solchen zusätzlichen Rüstungen unsere Wirtschaft ruinieren, unsere ohnehin so schwer gefährdete Demokratie vollends untergraben — ein Blick auf die Notstandsgesetze der Regierung genügt! —, und unsere kulturpolitischen Aufgaben vollends vernachlässigen müssen. Anders ausgedrückt: bei einer Steigerung unserer Rüstungen wird es nicht mehr allzu lange dauern, bis wir die Bundesrepublik im Innern in ein Staatswesen verwandelt haben werden, das vielleicht bis an die Zähne bewaffnet, aber nach dem Verständnis westlicher Freiheitsliebe und Bildungstradition kaum mehr verteidigenswert sein wird. Diese Prognose ist nicht törichte Schwarzmalerei, sondern läßt sich mit dem Rechenstift und dem Blick auf die letzten hundert Jahre deutscher Geschichte mühelos belegen.

Ein Disengagement, das wir im Einvernehmen mit unseren Freunden im Westen und zumal mit den Amerikanern eingehen, wird uns von dem Albtraum befreien, den die eben skizzierten Aussichten für jeden bedeuten, der noch nicht gänzlich vom militärpolitischen Kalkül verblendet ist. Es wird weltpolitisch zur Entspannung beitragen und uns selber für Aufgaben freistellen, die wichtiger sind. Unter ihnen ist hier die tätige Mitwirkung an einer *internationalen Entwicklungspolitik* bisher noch nicht erwähnt worden.

X

Der Ausblick von dem Scherbenhaufen, auf dem wir gegenwärtig sitzen, braucht also nicht nur entmutigend zu sein. Das müßte er lediglich dann sein, wenn wir uns einfach daran machen wollten, das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. Es blieben dann doch allzu viele Risse und Sprünge, die neuen Belastungen nicht standhielten. Sinnvoller ist es, neue Gefäße zu schaffen. Dazu gehörte freilich in der Bundesrepublik bei allen drei im Bundestag vertretenen Parteien die Bereitschaft, neu nachzudenken, überholte Vorstellungen preiszugeben, unseren amerikanischen Freunden eigene deutsche Vorschläge zu unterbreiten und unseren bisherigen Gegnern im kalten Krieg glaubwürdig zu versichern, daß wir zu einem neuen Anfang entschlossen sind. Das ist die große Gelegenheit, die der Bundesrepublik *nach dem Ende der Ära Adenauer* geboten wird. Sie wird kaum wiederkehren. Sie läßt sich freilich von einer Regierung Adenauer nicht mehr wahrnehmen. Dazu bedarf es einer Bundesregierung, welche sich auf alle drei Parteien stützen und auch Talente außerhalb der Parteien in sich aufnehmen kann. Die wenigen Monate, die der Regierung Adenauer noch zugemessen sind, sollten daher von allen Parteien genutzt werden, um sicherzustellen, daß in dem neuen Abschnitt der Geschichte, den nicht nur wir Deutsche etwa mit dem Anfang der sechziger Jahre begonnen haben, auch in Deutschland eine Politik getrieben werde, deren Denkmal nicht abermals ein Scherbenhaufen zu sein braucht.